

**Freie Hansestadt Bremen
Die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa
Gewerbeangelegenheiten
Postfach 10 64 31
28064 Bremen**

(Absender)

**Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis nach § 2 (1) Bremisches Spielhallengesetz
zum Betrieb einer Spielhalle**

**Antragsteller/in: Natürliche Person/Geschäftsführender Gesellschafter einer
Personengesellschaft (z. B. GbR, OHG)**

1. Antragsteller/in

Familiennamen		Vorname (Rufname bitte unterstreichen)	
Geburtsname (nur bei Abweichung)		Geburtsdatum	
Geburtsort		Staatsangehörigkeit	
Anschrift derzeitiger Hauptwohnsitz (Straße, Hausnummer)			
PLZ		Ort	
Telefon	Fax		E-Mail

2. Angaben zum Unternehmen

Ggf. Unternehmensbezeichnung bzw. im Handelsregister eingetragener Name mit Rechtsform (nur auszufüllen, soweit Eintragung vorliegt)		IHK Ident-Nr. (soweit vorhanden)
Handelsregistergericht und -nummer (nur auszufüllen, soweit Eintragung vorliegt)		
Straße, Hausnummer der Hauptniederlassung		
PLZ	Ort	
Telefon	Fax	E-Mail

3. Angaben zum Standort der Spielhalle

Straße	
PLZ	Ort

4. Angaben zu Vermögensverhältnissen und Zuverlässigkeit

4.1 Angaben zu den Vermögensverhältnissen

Ist über Ihr Vermögen ein Insolvenzverfahren eröffnet

ja nein

oder die Eröffnung mangels Masse abgelehnt worden?

ja nein

Haben Sie eine eidesstattliche Versicherung abgegeben oder

ja nein

liegt eine entsprechende Haftanordnung vor?

ja nein

4.2 Angaben zu anhängigen Straf-, Bußgeld- oder Gewerbeuntersagungsverfahren in den letzten fünf Jahren:

Ist oder war gegen Sie oder den/die Betriebsleiter/in oder den/die mit der Leitung einer Zweigniederlassung Beauftragten ein Strafverfahren anhängig?

ja nein

Wird oder wurde gegen Sie oder den/die Betriebsleiter/in oder den/die mit der Leitung einer Zweigniederlassung Beauftragten ein Bußgeldverfahren wegen Verstößen bei einer gewerblichen Tätigkeit betrieben?

ja nein

Ist oder war gegen Sie oder den/die Betriebsleiter/in oder den/die mit der Leitung einer Zweigniederlassung Beauftragten ein Gewerbeuntersagungsverfahren anhängig?

ja nein

Wenn vorstehend ja, bei welcher Staatsanwaltschaft, welchem Gericht oder welcher Behörde?

5. Erforderliche Unterlagen

Für die Bearbeitung des Antrags sind folgende Unterlagen erforderlich:

5.1 gültiger Personalausweis/Reisepass

5.2 Auskunft aus dem Bundeszentralregister zur Vorlage bei einer Behörde (Belegart 0)

- für den/die Antragsteller/in und, soweit vorhanden,
- den/die Betriebsleiter/in oder den/die mit der Leitung einer Zweigniederlassung Beauftragten

beauftragt am _____ wird nachgeholt

Hinweis: Die Auskünfte sind bei der Wohnsitzgemeinde zur Vorlage bei einer Behörde zu beantragen, d. h. sie werden direkt übersandt. Es ist unerlässlich, dass Sie bei der Beantragung die genaue Anschrift der zuständigen Erlaubnisbehörde sowie den Verwendungszweck „Antrag auf Erlaubnis nach § 2 (1) BremSpielhG“ angeben. Die Auskünfte dürfen nicht älter als drei Monate sein.

5.3 Auskunft aus dem Gewerbezentralregister zur Vorlage bei einer Behörde (Belegart 9)

- für den/die Antragsteller/in und, soweit vorhanden,
- den/die Betriebsleiter/in oder den/die mit der Leitung einer Zweigniederlassung Beauftragten

beauftragt am _____ wird nachgeholt

Hinweis: Die Auskünfte sind bei der Wohnsitzgemeinde zur Vorlage bei einer Behörde zu beantragen, d. h. sie werden direkt übersandt. Es ist unerlässlich, dass Sie bei der Beantragung die genaue Anschrift der zuständigen Erlaubnisbehörde sowie den Verwendungszweck „Antrag auf Erlaubnis nach § 2 (1) BremSpielhG“ angeben. Die Auskünfte dürfen nicht älter als drei Monate sein.

5.4 Bescheinigung in Steuersachen des Finanzamtes

- für den/die Antragsteller/in und, soweit vorhanden,
- den/die Betriebsleiter/in oder den/die mit der Leitung einer Zweigniederlassung Beauftragten

Hinweis: Die Bescheinigung darf nicht älter als drei Monate sein und ist im Original zu vorzulegen.

5.5 Auskunft vom Insolvenzgericht beim zuständigen Amtsgericht, ob Verfahren eröffnet wurde.

5.6 Auskunft aus dem Schuldnerverzeichnis. Diese Auskunft ist über das Internet auf der Seite www.vollstreckungsportal.de einzuholen.

5.7 Sozialkonzept

5.8 Eine aktuelle, von einem Architekten oder Bauzeichner gefertigte Nutzflächenberechnung nach nachfolgendem Muster. Die Nettospielfläche umfasst die Räume der Spielhalle, in denen Geldspielgeräte und/oder Unterhaltungsspielgeräte aufgestellt sind (siehe Muster)

Gesamtfläche	<u>xx,xx qm</u>	}	Abgezogen werden alle Räume, die den Spielerinnen und Spielern nicht zugänglich sind, oder wo keine Geldspielgeräte aufgestellt werden können.
abzgl. Aufsichtsbereich	<u>xx,xx qm</u>		
abzgl. WC Damen	<u>xx,xx qm</u>		
abzgl. WC Herren	<u>xx,xx qm</u>		
abzgl. Treppe	<u>xx,xx qm</u>		
abzgl. Abstellraum	<u>xx,xx qm</u>		
Nettospielfläche	<u>xx,xx qm</u>	}	z. B., Hauptraum und Nebenraum oder Nichtraucher- und Raucherraum.
davon Raum 1	<u>xx,xx qm</u>		
davon Raum 2	<u>xx,xx qm</u>		

5.9 Eine aktuelle maßstabsgetreue, von einem Architekten oder Bauzeichner gefertigte Grundrisszeichnung mit aktuellem Gerätestellplan

5.10 Kopie der Nutzungserlaubnis, z.B. Miet- oder Pachtvertrag

**Sofern bereits bekannt,
Name des Geräteaufstellers:**

Datenschutzrechtlicher Hinweis:

Die erfragten personenbezogenen Daten werden zur weiteren Bearbeitung benötigt.
Ihre Erhebung erfolgt gemäß § 11 Gewerbeordnung, § 10 Bremisches
Datenschutzgesetz und § 2 Bremisches Spielhallengesetz

Ich versichere die Richtigkeit der vorstehenden Angaben.

Mir ist bekannt, dass:

- im Falle unrichtiger Angaben/Unterlagen die beantragte Erlaubnis versagt oder zurückgenommen werden kann,
- mit der Ausübung des Gewerbebetriebes erst begonnen werden darf, wenn eine Erlaubnis dafür erteilt wurde,

Ort, Datum

Unterschrift

Gebühren:

Neuanträge: 477,00 € bis 8.866,00 € (je nach Antragsvolumen)